

Hamburg, den 15.08.2014

Erklärung des Ex - Koordinierungsgremiums Mitte Altona:

Nach nunmehr einem halben Jahr offizieller Beendigung unserer Tätigkeit als gewähltes Koordinierungsgremium Mitte Altona (KG) auf einem Bürgerforum am 18.02.2014, sehen wir uns veranlasst der Öffentlichkeit die Begründung dafür nahe zu bringen und diese auf der Internetseite der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) zu veröffentlichen.

Hintergrund sind anhaltende Anfragen von Medien, Studierenden und Schüler/innen zum Thema Bürger*innenbeteiligung zur „Mitte Altona“, die wir auch zukünftig gerne beantworten wollen.

Zunächst wollen wir nochmals in Erinnerung bringen, dass das KG eine Kreation der BSU war, um den Forderungen der Bürger*innen nach Verstärkung der Beteiligung in den zahlreichen und ermüdenden Workshops/Thementagen/Bürgerforen entgegen zu kommen. Die BSU wollte gewählte Ansprechpartner*innen im Beteiligungsverfahren und die Bürger*innen erhofften sich mehr Verbindlichkeit, Transparenz und Mitwirkung nach den endlosen Veranstaltungen.

Das KG Mitte Altona wurde am 1.12.2011 auf einer gut besuchten Versammlung von Bürger*innen gewählt und setzte sich sehr heterogen zusammen durch die unterschiedlichen Gruppen, die dort repräsentiert waren. Es gab am Anfang den Versuch der BSU durch eine externe Moderation Einfluss auf die Diskussionen und Entscheidungen des KG's zu nehmen. Das KG lehnte die von der BSU bestellten Moderatoren jedoch ab, um seine Unabhängigkeit zu wahren und um Beeinflussungen durch die BSU vorzubeugen. Dieser Umstand führte zu schwerwiegenden Verstimmungen und Misstrauen gegenüber dem gewählten Gremium von Seiten der BSU. Diese atmosphärischen Störungen wurden danach nie ausgeräumt - wir waren jetzt nicht mehr Kooperationspartner*innen der Behörde, sondern politische Gegner*innen geworden. Unser Engagement wurde uns zudem von der Senatorin Jutta Blankau als Verfolgung von Partikularinteressen vorgeworfen.

Diese Tatsache deutet darauf hin, dass es sich von Anfang an bei der von der BSU initiierten Bürger*innenbeteiligung eher um Akzeptanzmanagement, als um echte Bürger*innenbeteiligung handelte. Das Bedürfnis der Bürger*innen nach direkter Demokratie und Teilhabe sollte in institutionalisierte Bahnen gelenkt und kanalisiert werden. Dabei wurde zunächst der Eindruck erweckt, dass Planungen offen und veränderbar seien. Im Laufe des Verfahrens wurde aber deutlich, dass sich die Beteiligung hauptsächlich darauf beschränkte, Ideen zu bestimmten Aspekten der Planungen zu sammeln bzw. diese Ideen abzuschöpfen. Die Forderungen der Bürger*innen hatten aber nur insoweit Einfluss, als sie sich mit den Plänen der Investoren vereinbaren ließen. Grundsätzliche Fragen zu wirtschaftlichen und juristischen Rahmenbedingungen wurden stets abgeblockt und Gutachten nicht offengelegt, was eine Investorenplanung begünstigte.

Das KG wollte sich aber mit einer Bürger*innenbeteiligung, die lediglich auf Akzeptanzmanagement ausgerichtet ist, nicht zufrieden geben. Dies hatte zur Folge, dass die Kommunikation mit der BSU anhaltend gestört war und dass das KG über weite Strecken des Verfahrens von der Behörde ignoriert wurde.

Das Koordinierungsgremium Mitte Altona hat im Laufe seiner Existenz durch sein unermüdliches und zähes Engagement im institutionellen Rahmen alles versucht, die Interessen von Bürger*innen zu verteidigen und sich für die Planung eines lebendigen, kleinteiligen und durchmischten Quartiers einzusetzen, welches sich auch in sozialer Hinsicht in die umliegenden Stadtteile einfügen ließe. Dieses ist uns leider nur in einem sehr geringen Maße gelungen.

Aus unserer Sicht hat die Stadt die Chance vertan, ein wirklich nachhaltiges, zukunftsweisendes Projekt mit echter Bürger*innenbeteiligung, welches weit über die Region und Deutschland hinaus Bedeutung und Vorbildcharakter hätte haben können, auf den Weg zu bringen. Es hätte ein Stück Altona von und für Altonaer*innen werden können.

Die institutionelle Bürger*innenbeteiligung des Koordinierungsgremiums Mitte Altona ist beendet, aber ehemalige Mitglieder des KG's sind auch weiterhin stadtentwicklungspolitisch aktiv und bereit Auskunft zu geben.

Als Kontaktpersonen stehen Angela Riecke (angela.riecke@web.de), Frank Steiner (franksteiner2002@yahoo.de) und Ursula Kirschner (kirschner@uni.leuphana.de) gerne zur Verfügung.